



**Protokoll der 29. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld  
vom Mittwoch, 23. März 2022, 18:00 Uhr im Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsident Claudio Bernold

**Namensaufruf:** 33 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderat Daniel Geeler, Gemeinderätin Karin Gubler, Gemeinderat Romeo Küng, Gemeinderätin Renate Luginbühl, Gemeinderätin Annina Villiger Wirth, Gemeinderätin Kathrin Widmer-Gubler, Gemeinderätin Christa Zahnd

**Mitanwesend:** Vizepräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker

**Gemeinderatssekretär:** Giuseppe D'Alelio

- - -

**Traktanden**

- 147 Mitteilungen
- 148 Protokoll der Sitzung vom 23. Februar 2022
- 149 Ersatzwahl eines Mitglieds der Fürsorgebehörde für den Rest der Legislatur 2019 - 2023 (Nachfolge Christina Thalmann, Fraktion Die Mitte/EVP)
- 150 Interpellation «Stadtbus-Spezialtageskarte für das Wochenende» von Gemeinderat Alfred Bloch  
*Evtl. Diskussion*
- 151 Botschaft Nr. 32 «Teilrevision des Reglements über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrats (Umsetzung Unvereinbarkeit)»  
*Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung*
- 152 Botschaft Nr. 33 «Ersatzbeschaffung von zwei Modulfahrzeugen für die Feuerwehr Frauenfeld: Kreditantrag für insgesamt 839'600 Franken (Bruttokredit)»  
*Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung*

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich freue mich, Sie zur heutigen Gemeinderatssitzung begrüßen zu dürfen. Nachdem wir uns an der letzten Sitzung über das Ende der Maske an unserer Sitzung freuten, hat uns kurze Zeit später eine andere, viel hässlichere Maske beschäftigt. Der Krieg in der Ukraine hat uns schmerzhaft aufgezeigt, dass wir uns nur scheinbar in einer Sicherheit befinden. In den kommenden Tagen und Wochen wird auch unsere Solidarität gefordert sein. Solidarität mit den Hilfsbedürftigen, mit den Opfern des Konflikts, die in unserer Stadt Zuflucht suchen. Ich bin stolz auf unsere Stadt, auf unsere Bürgerinnen und Bürger, die helfen, unterstützen, spenden oder gar ein Bett für Schutzsuchende zur Verfügung stellen. Das ist gelebte Solidarität. Dieses gemeinsame Miteinander stelle ich derzeit auch in der lokalen Politik unter den Parteien fest. Gemeinsam helfen, gemeinsam Position beziehen. In diesem Fall für die Ukraine und für Frauenfeld. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ein friedliches Debattieren und Ihnen, geschätztes Publikum, eine spannende Sitzung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie und auch im Rat das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

An dieser Stelle möchte ich noch unseren Stadtpräsidenten Anders Stokholm entschuldigen, das Coronavirus hat nun auch ihn erwischt.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass 33 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 17.

Durch die Abwesenheit von Gemeinderätin Renate Luginbühl ist die Wahl eines Stimmenzählers für die heutige Sitzung notwendig.

**Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:** Wir schlagen Ihnen wiederum Beda Stähelin vor. Ich denke, er hat das letztes Mal gut gemacht.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Vorgeschlagen ist Gemeinderat Beda Stähelin. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? Das scheint der Fall zu sein.

### **Abstimmung**

Gemeinderat Beda Stähelin wird einstimmig unter Enthaltung der eigenen Stimme als Stimmenzähler für die heutige Sitzung gewählt.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23 b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

**147**

### **MITTEILUNGEN**

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):**

1. An Ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf:

- Lachsfarbenes Papier der GPK Finanzen und Administration zur Botschaft Nr. 32 «Teilrevision des Reglements über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrats (Umsetzung Unvereinbarkeit)»
- Lachsfarbenes Papier der GPK Finanzen und Administration zur Botschaft Nr. 33 «Ersatzbeschaffung von zwei Modulfahrzeugen für die Feuerwehr Frauenfeld: Kreditantrag für insgesamt 839'600 Franken (Bruttokredit)»
- 2. Mit Beschluss Nr. 55 vom 22. Februar 2022 hat der Stadtrat die Interpellation «Stadtbus-Spezialtageskarte für das Wochenende» von Gemeinderat Alfred Bloch beantwortet. Wir werden heute darüber beraten.
- 3. Mit den Beschlüssen Nr. 72 bzw. 73 vom 8. März 2022 hat der Stadtrat die Rücktritte von Flora Hausammann und Sarah Michel unter Verdankung der geleisteten Dienste aus dem Wahlbüro bestätigt und den Gemeinderat eingeladen, die Ersatzwahlen vorzunehmen. Das Vorschlagsrecht steht bei beiden Ersatzwahlen der Fraktion CH/GP/GLP zu.
- 4. Mit Beschluss Nr. 79 vom 15. März 2022 hat der Stadtrat die Interpellation «Erstellung von 105 Parkplätzen nördlich der Riegerholzhalle und Nutzungsverzicht Parkhaus Altstadt» der Fraktion CH/GP/GLP beantwortet.
- 5. Ab der kommenden Aprilsitzung kehren wir wieder zur alten Sitzordnung zurück.
- 6. Heute ist die letzte Sitzung von Gemeinderat Peter Hausammann und da du, lieber Peter, als GPK-Sprecher noch einen Auftritt hast, werden wir die Verabschiedung am Schluss vornehmen. Zuerst die Arbeit, dann das Vergnügen.
- 7. Im Anschluss der Sitzung folgt wie angekündigt noch eine Information aus dem Departement für Werke, Freizeitanlagen und Sport unter Ausschluss der Medien und Öffentlichkeit. Zusätzlich und im Anschluss an die erwähnte Orientierung wird aus aktuellem Anlass Stadträtin Barbara Dätwyler auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Medien zum aktuellen Stand der städtischen Massnahmen aufgrund der Flüchtlingswelle aus der Ukraine berichten.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Gemeinderat Reto Brunschweiler wünscht das Wort für eine Erklärung im Namen der Interpartei.

**Gemeinderat Reto Brunschweiler (FDP), Referent im Namen der Interpartei:** Ich nutze die Möglichkeit der persönlichen Erklärung heute für einmal in meiner Funktion als Präsident der Interpartei Frauenfeld. Die Interpartei Frauenfeld vernetzt die Hilfe. Eventuell haben Sie in den letzten Tagen die Medienberichte über die Aktivitäten der Frauenfelder Ortsparteien gelesen. Es ist mir ein Anliegen, Sie hier kurz über die Absicht und den aktuellen Stand des Projekts zu informieren.

Die aktuelle Entwicklung und die steigenden Flüchtlingszahlen von Menschen aus der Ukraine, die in Frauenfeld eine Beherbergung finden, hat die Interpartei Frauenfeld dazu bewogen, mit dem Projekt «netzwerk-frauenfeld.ch» gemeinsam über die Parteigrenzen hinweg eine Hilfe für Helfende in Frauenfeld auf die Beine zu stellen. Wir alle sind in der privilegierten Lage, durch unsere Funktionen im Beruf, in Vereinen, Organisationen und hier im Gemeinderat auf ein breites und weitgefächertes Netzwerk zählen zu können. Die aktuelle Lage hat nun die Parteivorstehenden dazu bewogen, diese Netzwerke in Frauenfeld zugunsten von Flüchtlingen, aber auch oder vielleicht sogar vor allem zugunsten der helfenden Bevölkerung in Frauenfeld und Umgebung zu aktivieren. Die grosse Bereitschaft der Frauenfelder Bevölkerung, Schutzsuchende hier aufzunehmen und zu beherbergen, freut die Frauenfelder Parteien aller Couleurs ausserordentlich. Dieses grosse Engagement der Bevölkerung wollen wir unterstützen, indem wir bestehende Angebote von Vereinen und Privaten koordiniert zusammenfügen und auf einer Plattform anbieten können. Die Interpartei Frauenfeld hat dazu das Projekt «netzwerk-frauenfeld.ch» ins Leben gerufen. Dieses hat zum Ziel, der helfenden Bevölkerung Unterstützung beim Finden von bereits bestehenden Angeboten zu bieten. Viel Gutes wird schon gemacht, viele Angebote existieren bereits. Aber niemand kennt sie oder nimmt sie wahr. Wir konnten für unser Projekt bestens etablierte Organisationen für ein Mitmachen motivieren. So können wir etwa auf die Unterstützung von DAFA – der Dachorganisation Freiwilligenarbeit Frauenfeld – zählen, mit den kirch-

lichen Organisationen pflegen wir engen Kontakt gleich wie mit der Stadtverwaltung und dem Zivilschutz. Wir wollen keine bestehenden Organisationen in ihrer Arbeit konkurrenzieren. Nein, wir wollen ein Angebot schaffen, welches heute noch nicht abgedeckt wird, nämlich die Vernetzung aller Angebote auf einer Plattform. Wissen, wo Wissen und Unterstützung zu finden ist, dies ist aktuell eine Herausforderung, welche wir mit unserem Projekt etwas vereinfachen wollen. Als konkretes Beispiel öffnet der Schachclub Frauenfeld kostenlos sein Schachtraining und das Schachjugendtraining am Freitag für Flüchtlinge. Damit solche Informationen einfach auffindbar zur Verfügung stehen, sollen sie künftig öffentlich auf einer Plattform bekanntgemacht werden. Wem von Ihnen war das mit dem Schachclub bekannt? Genau. Und das wollen wir mit einem niederschwellig zugänglichen Katalog ändern.

Neben Vereinen und Organisationen mit Angeboten für Erwachsene, Jugendliche und Kinder suchen wir aber auch Einzelpersonen, welche sich bei der Unterstützung von Flüchtlingen engagieren wollen. Aktuell suchen wir für Übersetzungsdienste, Begleitung, Sportanimation und vieles anderes Helfer, die sich regelmässig oder auch kurzfristig für einzelne Einsätze zur Verfügung stellen würden. Wenn Sie in Ihrem Netzwerk Leute kennen, die sich engagieren wollen, freuen wir uns, wenn Sie uns diese Leute vermitteln. Wir stehen erst am Anfang eines langen Wegs, den wir gemeinsam mit Menschen aus der Ukraine gehen werden und gehen müssen. Wenn wir hier schon früh Strukturen schaffen können, werden wir später wesentlich weniger Probleme haben. Das ist ein Engagement ausserhalb jeglicher Parteipolitik, dazu haben sich die Parteivorstehenden gemeinsam entschieden. Wir freuen uns, wenn wir mit diesem Angebot auch einen Teil zur Hilfe beitragen können. Im Namen der Interpartei Frauenfeld danke ich allen, die sich aktiv am Projekt beteiligen.

148

#### **PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 23. FEBRUAR 2022**

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Das Protokoll wurde am 3. März 2022 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Es sind bis heute keine Änderungswünsche eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt und ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

149

#### **ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER FÜRSORGEBEHÖRDE FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019 - 2023 (NACHFOLGE CHRISTINA THALMANN, DIE MITTE/EVP)**

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Mit ihrem Schreiben vom 19. Januar 2022 teilte Christina Thalmann ihren Rücktritt als Mitglied der Fürsorgebehörde per 31. März 2022 mit. Die Fraktion Die Mitte/EVP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für die Fürsorgebehörde für den Rest der Legislatur 2019 - 2023.

**Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:** Gern teile ich euch mit, dass unsere Fraktion Die Mitte/EVP Herrn Ramon Portmann vorschlägt. Er ist Mitglied der EVP, geboren 1989, verheiratet, seit zehn Jahren als IT Senior Consultant unterwegs, daneben aber auch Gründer und Inhaber des Be You Café beim Bahnhof, das auch von seiner Frau geleitet wird. Gern hoffen wir, dass Sie ihn unterstützen und wählen werden.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Vorgeschlagen ist Ramon Portmann. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, ge-

mäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? Die scheint der Fall zu sein.

### **Abstimmung**

Ramon Portmann wird einstimmig als Mitglied der Fürsorgebehörde für den Rest der Legislatur 2019-2023 gewählt.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Ich gratuliere Ramon Portmann zur Wahl und wünsche bei der Arbeit in der Fürsorgebehörde viel Spass, Vergnügen, aber auch ein gutes Auge und ein gutes Ohr.

150

### **INTERPELLATION «STADTBUS-SPEZIALTAGESKARTE FÜR DAS WOCHENENDE» VON GEMEINDERAT ALFRED BLOCH**

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Mit Beschluss Nr. 55 wurde die Interpellation «Stadtbus-Spezialtageskarte für das Wochenende» von Gemeinderat Alfred Bloch vom Stadtrat am 22. Februar 2022 beantwortet. Ich erteile zuerst dem Interpellanten das Wort für eine Stellungnahme und die Frage, ob er eine Diskussion wünscht.

**Gemeinderat Alfred Bloch (SP), Referent als Interpellant:** Zuerst danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Departement von Andreas Elliker für die sorgfältig abgefasste Antwort auf meine Interpellation. Ich bitte Andreas, diesen Dank dann weiterzugeben.

Die SBB wollen mit neuen Angeboten die Leute in die Züge zurückholen. Dies war der Titel eines Artikels in der Thurgauer Zeitung. Auch mein Ziel ist es, Leute vermehrt in den ÖV zurückzuholen, deshalb reichte ich meine Interpellation ein. Ich war überzeugt, dass auch der Stadtrat vermehrt auf den ÖV setzt und einen weiteren mutigen und weitsichtigen Entscheid fasst, indem er sich für die Einführung einer Spezialtageskarte für das Wochenende ausspricht. Ich hoffte darauf, weil der Stadtrat in der letzten Zeit doch mutige Entscheide gefasst hat. Er kaufte drei Liegenschaften an der Freien Strasse – ich finde das gut und weitsichtig und ich kann mir vorstellen, dass aber auch andere Meinungen beim Stadtrat eingetroffen sind. Er überlässt den Entscheid über die Einführung der autofreien Altstadt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Diese Frage wird nun endlich geklärt sein – das finde ich gut und mutig. Und dann noch als neue Attraktion in Frauenfeld hinter der Walzmühle entsteht ein 330 Meter langes Kanalbad.

Ich habe mich über diese Entscheide gefreut und dachte für mich, nun macht der Stadtrat wirklich vorwärts. Leider entpuppte sich das tatkräftige Handeln als ein Strohfeder. Warum nicht noch ein weiterer mutiger Entschluss? Warum wieder dieses Zögern? Warum bringt der Stadtrat nicht den Mut auf, sich auf einen Versuch für die Einführung einer Spezialtageskarte für das Wochenende einzulassen? Dies überrascht umso mehr, als in der Beantwortung Folgendes zu lesen ist: «Dieser Artikel» (gemeint ist die Tageskarte für 3 Franken) «besteht bereits in der nationalen Billettdatenbank. Entsprechend einfach wäre voraussichtlich die technische Umsetzung und damit eine gute Idee im Gegensatz zu einem neuen Artikel. [...] Eine Spezialtageskarte für das Wochenende hat durchaus auch Werbepotenzial und könnte damit indirekt zur Förderung des öffentlichen Verkehrs beitragen und so in einem gewissen Mass das Mobilitätsverhalten beeinflussen.» Das steht in der Beantwortung. Allein schon diese zwei Aussagen, zumal sich die Mehrkosten in einem für Frauenfeld erträglichen Rahmen bewegen, wären doch einen Versuch wert gewesen. Es wird in der Antwort auch festgestellt, dass ein solches Angebot ein Novum wäre in der Region, somit fehlen natürlich Erfahrungen, die die Auswirkung einer Spezialtageskarte auf den ÖV hätten. Aber fassen wir doch den Mut und starten den Versuch. Schliesslich sind wir nicht nur einwohnermässig die grösste Gemeinde im Thurgau, sondern auch die Kantonshauptstadt. Wir sind also prädestiniert, eine Vorreiterrolle - und in diesem Fall - bei gerin-

gem finanziellem Risiko einzunehmen. Mit einer Spezialtageskarte nehmen wir niemandem etwas weg, wir belasten nicht den MIV, sondern belohnen ÖV-Benutzer. Mich hat das schroffe Nein auf meine Frage anbetrachts der doch eher wohlwollenden Antwort auf meine Interpellation sehr überrascht. Mein Fazit: Eine verpasste Chance. Aber ich verliere die Hoffnung nicht. Ich hoffe auf ein Umdenken beim Stadtrat. Ich hoffe, dass er nochmals über die Bücher geht, vielleicht lässt er sich überzeugen, dass Frauenfeld ein Zeichen setzen könnte. Ein Zeichen für den ÖV. Deshalb unterbreite ich dem Stadtrat folgenden Vorschlag:

Der Stadtbus Frauenfeld bietet bis Ende 2023 eine Spezialtageskarte für das Wochenende – 3 Franken für den Samstag, 3 Franken für den Sonntag – an. In dieser Zeit können Erfahrungen gesammelt werden und über eine Weiterführung des Angebots diskutiert werden. Ich hoffe, dass ich damit im Stadtrat nochmals eine Diskussion auslösen kann und damit sich auch andere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zu diesem Thema äussern können, beantrage ich Diskussion.

### **Abstimmung**

Der Antrag auf Diskussion wird einstimmig angenommen.

**Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Vielen Dank dem Interpellanten für seinen Vorstoss. Seine Idee unterstützen wir. Auch vorerst eine Vergünstigung am Wochenende bis Ende 2023 würde bei uns wohl Anklang finden. Doch insgesamt finden wir diese Idee ein etwas willkürlich ausgeschnittenes Kuchenstück aus der grossen Stadtbustorte. Lassen Sie mich das erklären.

Eine Fahrt mit dem Stadtbus hin und zurück kostet heute in Frauenfeld 5.20 Franken, ausser die Fahrt findet innerhalb einer Stunde statt. 5.20 Franken ist der Preis für ein Halbp reisbillet, was für ÖV-Benutzer der Mindeststandard sein dürfte. Sonst kostet es sogar 6.40 Franken. Solche Preise für eine Einkaufs- oder Freizeitfahrt nur innerhalb der Stadt sind einfach zu teuer. Gerade auch im Vergleich zum MIV. Auch wenn der Treibstoff wieder etwas mehr als auch schon kostet, für 5.20 Franken fährt man mit den TCS-Musterautos über 7 km weit und parkiert bei den Einkaufszentren erst noch gratis. Dass die Tarifstruktur für die Benutzung des Stadtbusses nur innerhalb von Frauenfeld problematisch ist, beweisen die wiederholten Vorstösse zu diesem Thema. Auch beim Festsetzen der Stadtbustarife per Dezember 2016 als letzte Preiserhöhung kam ein Antrag der damaligen Fraktion CVP/EVP, wonach eine Tageskarte nur 4 Franken kosten soll, genau wegen einer Stimme nicht durch. Es blieb und bleibt also bei 5.20 Franken, wohlge merkt pro Person. Das heisst, pro Paar sind es 10.40 Franken, damit fährt man schon 14 km weit mit dem Auto. Besser sieht es aus, wenn Anschlussfahrten mit Bahn oder Postauto stattfinden, egal ob mit Einzelbilletten oder Abos. Dann sind die Preise in Bereichen, die wir als vernünftig betrachten. Doch bei den Abos droht ein neues Problem. Gemäss der Antwort des Stadtrats waren im Jahr 2018 drei Viertel der Stadtbusbenutzer Besitzer eines Abos, doch die Anzahl der verkauften Abos vermindert sich seither wegen der Pandemie und dürfte wahrscheinlich wegen vermehrtem Homeoffice nicht mehr das gleiche Niveau erreichen, vgl. dazu auch den Artikel in der Thurgauer Zeitung vom Montag. Es sind zum Beispiel 20 Prozent weniger Generalabos im Umlauf als vor der Pandemie. Wir fordern den Stadtrat auf, endlich selbst eigene Vorschläge zur Lösung der Probleme betreffend Wucher-Innerstadttarifen und Kompensation der weggebrochenen Abos zu erarbeiten. Bis hin zum Gratisstadtbus darf gedacht werden. Aber immer nur Vorstösse schlechtzureden, lagern den jährlichen Mehrverkehr, wie im Mobilitätskonzept 2030 zum Ziel gesetzt, nicht auf den ÖV und Fuss- und Veloverkehr um. Heute erreicht uns noch eine Medienmitteilung von Thurplus, gemeinsam aus der Energieabhängigkeit von Russland auszu steigen. Der 4. Punkt auf dem 10-Punkteplan: ÖV vergünstigen. Also die Stadt selbst spricht ja davon.

In diesem Zusammenhang erlauben wir uns auch einmal mehr, auf ein weiteres leidiges Thema aufmerksam zu machen. Die schon lange versprochene Überarbeitung des Parkierungsreglements und vor allem des Abstellplatzreglements mit Regelung des Verwendungszwecks der Mit-

tel der Spezialfinanzierung «Parkierung» steht immer noch aus. Der Stadtrat soll endlich ermöglichen, dass aus diesen Mitteln unter anderem auch der Stadtbus noch attraktiver gemacht werden kann. Die aufzuwerfenden Mittel zu den profitierenden Personen dürften in einem guten, das heisst effizienten Verhältnis stehen. Tragen wir Sorge zur Erfolgsgeschichte Stadtbus, den der Stadtrat und die Stadtbusverwaltung in den letzten 40 Jahren stetig und gut weiterentwickelt haben und zu dem die Angestellten des Busbetriebs täglich ihren wertvollen Beitrag leisten, wofür wir an dieser Stelle allen Beteiligten Danke sagen möchten.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Der Stadtbus, ist seit mehr als 40 Jahren unterwegs. Der Interpellant ist schon länger unterwegs, ich bin es noch nicht. Trotzdem eint uns, dass wir den Stadtbus gern benützen und ihn vor allem attraktiver machen möchten. Die vorliegende Interpellation macht das möglich. Der Tarif, Sie haben es gelesen und gehört, soll für alle am Wochenende einheitlich sein. Die vorgeschlagenen 3 Franken sind der bestehende Kindertarif und gelten für den jeweils aktuellen Kalendertag. Es wurde explizit darauf geachtet, dass die Massnahme ohne zusätzlichen Aufwand umgesetzt werden kann. Diese Einfachheit wurde in der Beantwortung erkannt und gewürdigt. Anschliessend wurde eine Berechnung vorgenommen, wie viel höher die Subventionen werden, wenn man diese mit der Anzahl Fahrgäste hochrechnet. Einerseits wurde abgeschätzt, wie viele bestehende Fahrgäste wohl die Möglichkeit nutzen würden, andererseits wurden aber auch die zusätzlich Einsteigenden kalkuliert. Diese Abschätzungen resultieren in der ungefähren Zahl von 30'000 Franken. Für unsere Fraktion ist das keine riesige Summe, da wir den Umwelt- und Werbeeffekt deutlich höher einschätzen. Wichtig erscheint mir aber auch, dass bei all diesen Berechnungen nur die zusätzlichen Subventionen berechnet wurden, die Mehreinnahmen durch die zusätzlichen Fahrgäste sind nicht miteingerechnet. Dies wurde mir auf Nachfrage auch bestätigt. Wenn man also die in der Beantwortung genannten zusätzlichen 2700 Personen im Jahr mit den 3 zu bezahlenden Franken multipliziert, ergibt sich ein Betrag von 8'100 Franken. Somit sind wir noch bei ca. 22'000 Franken. Und dieser Betrag ist kleiner als der jährliche Marketingbeitrag für den Stadtbus, der in den letzten Jahren bei 25'000 Franken bis 30'000 Franken lag. Weshalb hat der Stadtrat also nicht den Mut, diese Wochenendvergünstigung als befristete Werbemassnahme zum eingangs erwähnten 40-jährigen Bestehen und als Wiedereinsteigerzuckerchen nach der Coronakrise auszuprobieren? Damit würde man dem einzigen Fragezeichen, welches in der Beantwortung gesetzt wurde, nämlich dass der Transportauftrag Ende 2023 ausläuft, im gleichen Zug bzw. im gleichen Bus ein Schnippchen schlagen. Wir würden es also sehr begrüessen, wenn sich der Stadtrat doch noch einen Ruck geben würde und Taten statt Worte sprechen lässt. Auf dem Weg zu seinem selbst vorgegebenen Modal Split. Schaffen wir Anreize, unterstützen wir spontane Umsteiger und profitieren wir langfristig davon. Haben wir Mut. Wobei Mut ehrlicherweise schon übertrieben ist, denn Kollege Fischer hat es erwähnt, in der Medienmitteilung heute von der IEA ist auch dort die Rede von Preisreduktionen des ÖV. Also würde ich eher sagen: sind wir konsequent. Bringen wir den Stadtbus wieder einen Schritt weiter. Die nächsten 30 Jahre haben bereits begonnen und wir brauchen nach dem Coronaabsacker nun neuen Schwung, damit der Stadtbus in Zukunft genauso erfolgreich wird wie in den letzten 40 Jahren.

**Gemeinderat Reto Brunschweiler (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Der Stadtbus gehört mittlerweile zum Stadtbild von Frauenfeld wie das Schloss, das Rathaus oder der Bahnhof. In den letzten 40 Jahren hat sich der Stadtbus laufend weiterentwickelt und mit viel Pioniergeist zum etablierten ÖV in Frauenfeld gemausert. Heute dankt er sogar mit einem Smiley für den gewährten Vortritt. Eines ist ihm in den 40 Jahren aber leider nicht gelungen, nämlich dass er auch nur annähernd kostendeckend wirtschaftet. Die Fraktion FDP anerkennt die hohen jährlichen Zahlen von transportierten ÖV-Nutzern. Auch anerkennen wir, dass der ÖV durch die Öffentlichkeit subventioniert wird. Wir sind aber klar der Meinung, dass Mobilität auch etwas kosten muss. In der Interpellation von Kollege Bloch werden Kosten von Parkplätzen mit den Kosten eines Stadtbusbilletts verglichen. Diese Rechnung ist irreführend und im Endeffekt nicht redlich. Die Frage betreffend gerechtfertigter Parkplatzpreise ist vielschichtig und kann nicht generell über den gleichen Kamm geschoren werden. Als Fraktion FDP sind wir grundsätzlich dagegen, dass einmal mehr Äpfel mit Birnen verglichen werden. Wenn ein Parkplatz am Sams-

tag und Sonntag nichts kostet, wie in der Interpellation beschrieben beim Parkplatz Marktplatz, steht hier eventuell eine Absicht dahinter. Zum Beispiel, dass man der Wildparkiererei in den Quartieren entgegenwirken möchte. Und wenn die Parkhäuser Passage und Schlosspark, nebenbei gesagt betriebene Infrastrukturen, günstige Tarife anbieten, wird die Rechnung für diese sicher aufgehen. Daraus aber abzuleiten, dass der Stadtbus auf Kosten der Steuerzahler weiter günstiger gemacht werden soll, finden wir den falschen Schluss. Vielmehr handelt es sich hier einmal mehr um eine Umverteilung von Steuersubstrat, welche im Betrag zwar überschaubar ist, aber auch unbemerkt und ohne wahrnehmbare Wirkung verpuffen würde. Die in der Interpellation aufgezeigten Berechnungen und deren Beurteilung in der Antwort des Stadtrats zeigen uns, dass eine Reduktion der Billettpreise nicht zwingend eine deutliche und damit erwartete nachfragesteigernde Auswirkung haben wird. Für 50 erwartete Mehreinsteiger pro Wochenende, welche von einem solchen Angebot profitieren würden, sind die effektiv zu erwartenden Subventionskosten in der Höhe von 38'000 Franken schlichtweg zu viel. Die Fraktion FDP findet es heute kurz vor der nächsten grösseren Stadtbusevaluation sinnvoll, die Mittel auf den nächsten Schritt zu fokussieren. Die Elektrifizierung der Stadtbusflotte wird uns in Zukunft mit weiteren grossen Beträgen beschäftigen. Einhergehend damit muss die Infrastruktur entsprechend ausgebaut werden. Alles Projekte, welche allesamt hohe Kosten mit sich bringen werden. Wir sind klar dafür, dass dort investiert werden soll, wo wir nachhaltig Mehrwert schaffen können. Wir sind aber gegen Ausgaben von Steuergeldern, deren Wirkung nicht spürbar wird und die Allgemeinheit nur belastet.

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:** Die Fraktion Die Mitte/EVP findet es gut, dass die Interpellation das Thema einmal mehr aufs Tapet bringt, wie die Erfolgsgeschichte des Frauenfelder Stadtbusses weitergeschrieben werden kann und für weitere Nutzende attraktiv gestaltet werden kann. Wir sind der Meinung, dass der Stadtbus ein wichtiges Puzzleteil ist in der ganzen Verkehrsdiskussion in unserer Stadt. Es wurde ja schon erwähnt, 2016 haben wir in der Gemeinderatssitzung zu den neuen Stadtbustarifen einen Antrag mit einem ähnlichen Anliegen vorgebracht, damals ging es darum, dass die Tageskarten einen runden Betrag haben, damit man nicht das Münz hervorklauben muss, und wir sind knapp gescheitert, wir haben es gehört.

Die Fraktion Die Mitte/EVP findet es wichtig, dass wir immer wieder über Möglichkeiten nachdenken, wie der Stadtbus auf diese Weise attraktiv gemacht werden kann und dass Menschen die Stadtbuse als Möglichkeit für ihre persönliche Mobilität neu entdecken. In diesem Sinn sind wir mit der Richtung der Interpellation voll einverstanden. Trotzdem finden wir die vorliegende Idee nicht geeignet, das gewünschte Ziel zu erreichen. Die Beschränkung auf das Wochenende bringt unserer Meinung nach zu wenig Vorteile, spricht zu wenige Menschen an, damit wirklich eine grosse Anzahl Neukunden erreicht werden könnte. Wir möchten aber im Sinn der Interpellation den Stadtrat und die Verantwortlichen für den Stadtbus durchaus auch ermutigen, kreative Aktionen immer wieder ins Auge zu fassen. Das könnten Werbeaktionen sein wie Gratistickets bei besonderen Gelegenheiten, zum Beispiel anlässlich des Stadtfests oder vielleicht zu Neujahr. Oder es könnte sein, dass bei Anlässen der Stadt gezielt Gratistickets abgegeben werden – Babyempfang, damit man einmal ausprobieren, ob man auch mit dem Kinderwagen den Stadtbus benutzen kann. Oder Jungbürgerfeier oder Pensioniertenfeier. Oder wie wäre ein Monat des Stadtbusses, in dem man günstiger fahren kann? Oder eine Aktion, wenn man in der Stadt einkauft, kriegt man ein Stadtbusticket dazu auf einen beschränkten Zeitraum hin. Es gäbe viele mögliche Kreativitäten, wie man Menschen einladen kann, den Stadtbus neu für sich zu entdecken. Die Fraktion Die Mitte/EVP würde es begrüßen, wenn man in dieser Hinsicht kreativ denkt. Wir sind der Meinung, dass bei solchen Aktionen das Geld, das ausgegeben werden muss, wenn diese Interpellation umgesetzt würde, besser und effizienter eingesetzt werden könnte. Und auch bei uns kam die Idee auf, dass man durchaus auch darüber nachdenken kann, ob der Stadtbus nicht grundsätzlich kostenlos angeboten werden kann. Es wäre durchaus bedenkenswert, das einmal auszurechnen und sich zu überlegen, was das bringen würde. Da ermutigen wir den Stadtrat, auch in diese Richtung Gedankenspiele anzustellen. Schliesslich war der Stadtbus bei seiner Einführung auch eine innovative und eine fortschrittliche Idee. In dem

Sinn steht die Fraktion Die Mitte/EVP sehr hinter Aktionen, die den Stadtbus stärken und attraktiver machen und wir unterstützen den Wunsch, kreativ darüber nachzudenken.

**Gemeinderat Andres Storrer (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Ich darf mich kurzfassen, die Erwägungen des Stadtrats und seine Schlüsse daraus decken sich mit unserer Haltung. Alles Übrige, was bei uns besprochen wurde, wurde bereits hier erwähnt. Es bleibt mir also nur noch, mich zu bedanken für die ausführliche Beantwortung.

**Gemeinderat Alfred Bloch (SP), Referent als Interpellant:** Stellen wir uns vor, wenn ich jetzt den grossen Wurf gewagt hätte, Gratisbus in Frauenfeld – ich weiss nicht, wie die FDP das angenommen hätte. Ich bin ein bisschen überrascht über diese doch eher barsche Antwort vonseiten der FDP. Man kann da wirklich verschiedener Meinung sein, aber wenn ich es richtig verstanden habe, habe ich gehört, der Vergleich zwischen Parkplatz und Bus sei unredlich. Also das finde ich, geht ein bisschen zu weit. Wenn ich mich erinnere, als wir in Frauenfeld den Stadtbus einführen wollten, das brauchte zwei Anläufe. Beim ersten Anlauf, das kam von der linken Seite, da kamen auch vonseiten der FDP die Bedenken, ob das notwendig ist, ob man die Steuergelder einsetzen sollte. Und erst beim zweiten Anlauf ging dann die Abstimmung durch, weil, das muss ich sagen, sich auch die bürgerlichen Parteien für einen Stadtbus durchringen konnten. Es ist eben schon so, wie ich es geschrieben habe, darum habe ich auch das Wochenende zuerst genommen. Am Wochenende geht man einkaufen, geht einen Kaffee trinken, trifft Freunde, und wenn man dann die Kosten aufrechnet, stimmt eben meine Rechnung. Ich denke, wir müssen Schritt für Schritt jetzt vorgehen, um den Stadtbus attraktiver zu machen. Die Aktionen, die Samuel Kienast vorgeschlagen hat, finde ich auch einen richtigen Weg, aber wenn ich hier mit einem Sammelsurium gekommen wäre, wäre das auch wieder nicht richtig gewesen. Darum habe ich gedacht, ich fange mal mit dem Kleinen an. Es ist wie beim Frauenstimmrecht. Zuerst die Gemeinde, dann der Kanton, dann am Schluss haben sich die Männer in der Schweiz doch noch durchringen können, das Frauenstimmrecht gesamtschweizerisch einzuführen. Und vielleicht kommt dann später die Tageskarte allgemein 3 Franken auch am Werktag. Ich glaube, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Wir müssen uns bewusst sein, das Auto in der Stadt wird in Zukunft immer mehr Schwierigkeiten bekommen. Und ich glaube, die Zukunft ist der ÖV. Ich möchte hier jetzt nicht billigen Populismus machen und mit der Energiekrise, die vom Krieg in der Ukraine ausgelöst wurde, kommen, denn das war schon vorher ein Problem und das war vorher schon immer eine Frage. Und wenn man sich umhört, muss ich doch feststellen, dass ein grosser Teil der Bevölkerung in Frauenfeld die Billette für den Stadtbus als zu teuer empfindet. Auch wenn man es mit anderen Städten vergleicht, glaube ich, ist es so. Ich danke aber trotzdem allen für ihren Diskussionsbeitrag. Wir sind zum Glück hier in einer Demokratie und wir dürfen, auch wenn wir gegensätzlicher Meinung sind, das sagen. Und so, wie ich den Gemeinderat in Frauenfeld erlebt habe, am Schluss bei einem Bier kann man dann wieder ein bisschen gedämpfter miteinander sprechen.

**Stadtrat Andreas Elliker (SVP):** Ich werde den Dank an meine Mitarbeitenden gern weiterleiten. Wir haben das geprüft und Sie haben einleitend von vier Entscheidungen, die der Stadtrat fällen musste, gesprochen, und drei Viertel haben wir erfüllt. Im Normalfall können wir 50 Prozent erfüllen, wenn es um Bau und solche Sachen geht. Und wir sind in Ihrer Wahrnehmung schon bei 75 Prozent. Als Exekutivpolitiker nehme ich das gern entgegen, dass man auch mal etwas Gutes gemacht hat – aus einer Perspektive. Wir wissen, dazu gibt es ganz viele Perspektiven.

Weiter ist ein Vorschlag hereingekommen mit dem Zeitraum bis Ende 2023. Ich glaube, da haben wir Erfahrung beim Stadtbus. Bei der Linie 5 Walzmühle wurde ein kurzer Versuchsbetrieb eingeführt. Aus diesem haben wir Lehren gezogen. Mit dem weiteren Versuchsbetrieb der Linie 5 Walzmühle haben wir jetzt den Zeitraum verlängert. Die Pandemie hat diesen Versuchsbetrieb wirklich nicht repräsentativer gemacht, aber es ist die Linie, die zurzeit am meisten zulegt. Wenn man einen Versuch macht, sollte dieser drei Jahre dauern. Aber es ist für uns zurzeit keine Option, einen Versuch zu machen. Ein Jahr ist ja kein Jahr, das sagen Sie mir sonst, wenn ich mit

einem Jahr komme. Also nehmen wir zwei Jahre und nach einem halben Jahr muss man die Analyse machen, dann hat man zwei Jahre. Somit ist das für uns auch keine Option. Sonst würden wir unserer Korrektur zum ersten Abschnitt der Linie 5 zur zweiten widersprechen. Dabei wollen wir eine Linie halten.

Zum Abstellplatz- und Parkierungsreglement, das vom Sprecher der Fraktion CH/GP/GLP Roman Fischer erwähnt wurde: Meine Antwort: Das kommt 2022. Meine weitere Antwort: Reichen Sie noch mehr Vorstösse ein, dann kommt es immer später im Jahr. Wir sind dran, aber es braucht da eine gute Abstützung im Ganzen.

Zu Gemeinderat Kienast: Ich habe mir überlegt, als ich Ihnen zuhörte, ob Sie neu neben Ihrem Pfarramt ein Marketingbüro für öffentliche Sachen aufmachen müssen. Ich gebe das Protokoll sicher der Stadtbusabteilung weiter und war gespannt über Ihre Äusserungen. Aber die Stadt Frauenfeld hat bis dahin auch schon solche Marketingaktionen durchgeführt. Aber dies ist ein wirklich sehr operatives Geschäft und da schaue ich dann nicht immer genau hin, weil es in den Kompetenzen der zuständigen Mitarbeitern liegt. Aber gern leite ich das Protokoll mit den Vorschlägen den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter.

Beim Gratisstadtbuss sprechen wir mindestens von 3 Steuerprozenten, die es dafür braucht, wenn wir von 2 Mio. Franken sprechen, die schwankend sind. Das ist nicht eine Sache, die der Gemeinderat lösen kann, denke ich, rein aus der politischen Lage. Und wenn wir von Steuererhöhungen sprechen in diesem Rat, haben wir schon manchmal gehört, dass das nicht erwünscht ist. Also wäre es eine klare Ansage, für was es ist und dann muss auch dementsprechend die nötige Form abgeholt werden, wer das ist. Aber wir hören einfach mal 3 Steuerprozente.

Dann wurde noch die Geschichte des Stadtbusses erwähnt. Wir können in den Mittelpunkt des Thurgaus schauen, nach Weinfelden. Weinfelden hat es bis heute noch nicht geschafft, einen Stadtbuss einzuführen. Auch der letzte Anlauf ist gescheitert. In Frauenfeld bauen wir die Linien sukzessive aus und daran denken wir auch beim Depot. Denn wir wissen, wenn wir noch mehr Busse haben als jetzt, reicht dieses Depot nicht mehr aus. Es stehen jetzt schon zwei Busse unter dem Vordach.

Ich bin somit fertig. Ich danke Ihnen für die Diskussion, die Sie geführt haben. Wir nehmen gewisse Sachen aus dieser Diskussion sicher mit.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Wir haben somit die Diskussion zur Interpellation «Stadtbuss Spezialtageskarte für das Wochenende» abgeschlossen.

151

## **BOTSCHAFT NR. 32 «TEILREVISION DES REGLEMENTS ÜBER DIE BESOLDUNG DER MITGLIEDER DES STADTRATS (UMSETZUNG UNVEREINBARKEIT)»**

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Dem Gemeinderat wurde am 25. Januar 2022 vom Stadtrat die Botschaft Nr. 32 «Teilrevision des Reglements über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrats (Umsetzung Unvereinbarkeit)» vorgelegt. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor. Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung. Da die Redaktionskommission sich gegen eine redaktionelle Überarbeitung entschieden hat, werden wir abschliessend die Schlussabstimmung durchführen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das scheint so zu sein.

## EINTRETEN

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Ich spreche der Einfachheit halber zum Eintreten und auch gleich zur materiellen Beratung.

Die vom Stadtrat beantragte Teilrevision des Reglements über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrats ist nichts Anderes als die Folge des Ja des Volks zur Unvereinbarkeit des Amtes des Stadtpräsidiums mit einem Ständerats- oder Nationalratsmandat. Ich erinnere an den neuen Art. 15 Abs. 6 der Gemeindeordnung, dass eben dieses Amt des Stadtpräsidiums nicht vereinbar ist mit einem Ständerats- oder Nationalratsmandat. Das Gesetz, also das Reglement bestimmt eine Übergangsfrist von maximal neun Monaten und regelt das Weitere. Heute geht es also um die definitive Festsetzung der Übergangsfrist und um das Weitere.

Die maximal mögliche Dauer von neun Monaten war in der GPK unbestritten. Diese Dauer war ja bei der Beratung der Unvereinbarkeitsvorlage strittig. Die neun Monate resultierten als Kompromiss in der GPK und im Gemeinderat. Beim Weiteren geht es insbesondere um die Modalitäten, um die Ablieferung des Einkommens und um mögliche organisatorische Massnahmen. Diese Regelungen sind nach Auffassung der Kommission vernünftig und klar. Sie blieben ebenfalls unbestritten.

Zu Art. 7 Abs. 2 beantragt Ihnen die Kommission eine redaktionelle Änderung. Im bestehenden ersten Satz soll wie im neuen zweiten Satz von Einkommen gesprochen werden statt von Taggeldern, zumal dieser Begriff im Grossen Rat nicht mehr gebräuchlich ist.

Die möglichen organisatorischen Massnahmen gemäss Art. 7 Abs. 3 sollen das Stadtpräsidium während der Übergangszeit entlasten. Über die konkreten Massnahmen wird der Stadtrat befinden, wenn es denn einmal nötig sein wird. Es wird dann vor allem darum gehen, wer von den nebenamtlichen Mitgliedern des Stadtrats bereit und willens ist, einen Teil der Aufgaben des Stadtpräsidiums interimistisch zu übernehmen. Der Stadtrat ist dabei im Rahmen der Höhe der finanziellen Ablieferung aus seinem Einkommen gemäss Art. 7 Abs. 2 frei, bis maximal 50 Prozent umzuverteilen.

Bei der Inkraftsetzung erachtet die GPK eine Rückwirkung als nicht nötig. Das sollte man nur in wirklich dringenden Ausnahmefällen machen. Wir beantragen die Inkraftsetzung per 1. Juni 2022.

Namens der einstimmigen Kommission beantrage ich Ihnen Eintreten und Zustimmung zur Vorlage des Stadtrats mit den beiden genannten Kommissionsanträgen.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Das Eintreten ist unbestritten und damit stillschweigend genehmigt.

## DETAILBERATUNG

**Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Unsere Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Botschaft und bei der GPK Finanzen und Administration für ihre Arbeit bei der sauberen Ausarbeitung dieses Reglements. Das Ergebnis entspricht den Vorstellungen unserer Fraktion. Wir finden es wichtig, dass die Arbeiten nun abgeschlossen sind und das Reglement in Kraft treten kann. Den beiden Anträgen gemäss lachsfarbenem Papier wie auch dem Reglement stimmt unsere Fraktion einstimmig zu.

**Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP in Vertretung von Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler:** Die Stimmberechtigten haben im September 2021 die Teilrevision der Gemeindeordnung, welche die Unvereinbarkeit des Amtes des Stadtpräsi-

ums mit einem National- oder Ständeratsmandat bestätigt, angenommen. Die FDP steht hinter dieser Entscheidung. Die Erwägungen in der Botschaft sind grundsätzlich schlüssig. Die Ausführungen zum Fristenlauf lassen uns aber aufhorchen und den Mahnfinger heben. Wir von der FDP bekennen uns zum Milizprinzip und seinen Vorteilen. Die Tatsache, dass eine Person mehrere Funktionen gleichzeitig ausübt, führt zu Synergien und einem Transfer von Erfahrungen aus dem beruflichen in den parlamentarischen Bereich und umgekehrt. Mit nur neun Monaten ist die gesetzte Übergangsfrist sehr knapp und sportlich bemessen, um talentierte Leute aus der Privatwirtschaft zu rekrutieren und aufzubauen, um einen erfolgreichen Wahlkampf zu organisieren und zu führen und am Schluss ein effizientes Onboarding zu garantieren. Mehr denn je sehen wir heute, dass demokratische Institutionen gestärkt werden müssen. Die Politik braucht talentierte und in der Gesellschaft verankerte Leute. Den vorliegenden Anträgen 1 und 2 stimmt die Fraktion FDP denn auch einstimmig zu.

**Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:**

Die Begeisterung in den Reihen der Fraktion Die Mitte/EVP für die Unvereinbarkeit des Stadtpräsidiums mit einem nationalen Parlamentsmandat hält sich bekanntlich in Grenzen, aber des Volkes Wort ist natürlich zu respektieren, weshalb es nun um die gesetzliche Umsetzung eben dieser Unvereinbarkeit geht.

Die Umsetzung umfasst inhaltlich drei Punkte: Erstens geht es um die Modalitäten der Übergangsfrist von 9 Monaten. Die vorgeschlagene Regelung ist mit Blick auf die Gewährleistung der in der Gemeindeordnung fixierten Frist sachgerecht. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Zweitens soll das Stadtpräsidium im Fall eines Doppelmandats verpflichtet sein, das als National- oder Ständerat erzielte Einkommen an die Stadtkasse abzuliefern. In unseren Augen eine Selbstverständlichkeit. Gemäss Botschaft umfasst das abzuliefernde Einkommen das Jahreseinkommen, die Taggelder, die Entschädigungen für bestimmte Kommissionstätigkeiten sowie einen Drittel der Distanzentschädigung. Nicht erfasst sind im Umkehrschluss einerseits die Spesenentschädigungen, was selbsterklärend ist, andererseits erhalten nationale Parlamentarier vom Bund einen Beitrag an die berufliche Vorsorge sowie unter Umständen, je nach Familiensituation, ergänzende Familienzulagen. Diese finanziellen Vorteile müssen zumindest gemäss Botschaft nicht an die Stadt abgeliefert werden. Mit Blick darauf, dass mit dem Doppelmandat Stadtpräsidium-Bundesparlament eigentlich kein Mehrverdienst erzielt werden soll, ist das nicht ganz sachgerecht, angesichts der begrenzten Dauer der Ämterkumulation können wir aber mit diesem Schönheitsfehler leben. Drittens sieht die Vorlage organisatorische Massnahmen vor, wodurch die Doppelbelastung des Stadtpräsidiums während der maximal neunmonatigen Übergangsfrist aufgefangen werden soll. Der Massnahmenkatalog ist sinnvollerweise offen formuliert, wobei die Möglichkeit der Pensenerhöhungen der nebenamtlichen Stadtratsmitglieder natürlich im Zentrum steht. Finanziert werden soll das Ganze mit dem vom Stadtpräsidium abgelieferten Parlamentariereinkommen.

Die vorgeschlagene Regelung ist in unserem Sinn. Die Fraktion Die Mitte/EVP wird der Vorlage mit den sinnvollen Änderungen gemäss lachsfarbenem Papier einstimmig zustimmen.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Ich darf mich namens der Fraktion CH/GP/GLP kurzfassen. Wir bedanken uns beim Stadtrat für das wohlformulierte Reglement oder den Reglementsentwurf, der GPK für die sinnvollen Anpassungen und sind froh, dass das vom Volk beschlossene Geschäft damit unter Dach und Fach ist. Wir werden den Anträgen zustimmen.

**Vizepräsidentin Elsbeth Aepli Stettler (Die Mitte) in Vertretung von Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP):** Nur ganz kurz. Das Dossier Unvereinbarkeit war eine gewisse Zeit ja bei mir als Vizepräsidentin, jetzt stehe ich hier in Vertretung des Stadtpräsidenten, der bekanntlich in Coronaisolation ist. Wir haben Ihnen das Geschäft unterbreitet und das vollzogen, was das Volk entschieden hat. Wir haben die Änderungen der GPK angeschaut, wir erachten diese als nachvollziehbar und in Ordnung. Ich möchte einfach auch hier sagen, wir haben nicht alles bis

ins letzte Detail geregelt. Wir haben im Grossen Rat erlebt, als man Richterwahlen eingeführt hat, dass man hat auch nicht alles bis ins Detail geregelt hat. Damit muss man dann halt leben, wenn der Fall eintritt, dass man dann vielleicht noch etwas ergänzen muss.

## BESCHLUSSFASSUNG

Der Antrag des Stadtrats inkl. Anpassungen der GPK gemäss lachsfarbenem Papier wird einstimmig angenommen.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Ich gehe davon aus, dass das Behördenreferendum nicht ergriffen wird. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt demzufolge am 24. März 2022 und endet am 9. Mai 2022.

152

## BOTSCHAFT NR. 33 «ERSATZBESCHAFFUNG VON ZWEI MODULFAHRZEUGEN FÜR DIE FEUERWEHR FRAUENFELD: KREDITANTRAG FÜR INSGESAMT 839'600 FRANKEN (BRUTTOKREDIT)»

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Dem Gemeinderat wurde am 8. Februar 2022 vom Stadtrat die Botschaft Nr. 33 «Ersatzbeschaffung von zwei Modulfahrzeugen für die Feuerwehr Frauenfeld: Kreditantrag für insgesamt 839'600 Franken (Bruttokredit)» vorgelegt. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte folgt die materielle Beratung, abschliessend werden wir die Schlussabstimmung auf Grundlage des lachsfarbenen Papiers durchführen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Das ist so der Fall.

## EINTRETEN

**Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Die GPK hat in ihrer Sitzung vom 3. März 2022 die Botschaft in Anwesenheit des Stadtpräsidenten Anders Stokholm und des Stabsoffiziers der Feuerwehr Frauenfeld, Sandro Heinzmann, beraten. In der Eintretensdebatte erläuterte der Stadtpräsident die Gründe für die Ersatzbeschaffung sowie die dabei zugrundeliegende neue einsatzorientierte Fahrzeugstrategie. Dies ermöglicht eine Reduktion der Fahrzeuge in sinnvollem Mass bei gleichzeitiger Erhöhung der Flexibilität bei Einsätzen und im Kurswesen. Zudem wurde vom Fachoffizier der Feuerwehr weiter erläutert, dass der Entscheid für Modulfahrzeuge sich aufgrund häufender Unwetterereignisse ergeben hat. Damit ist bei einem Einsatz die geforderte Flexibilität gewährleistet. Aktuell gibt es 25 Module, mit denen die Fahrzeuge für die Anforderungen bestückt werden können. Aus der Fachkommission Sicherheit kam zusätzlich der Auftrag, eine übergeordnete Fahrzeugstrategie zu erarbeiten. Auf dieser basiert die vorliegende Ersatzbeschaffung. Die Ausschreibung erfolgte gemäss den Vorgaben des öffentlichen Beschaffungswesens. Eintreten war unbestritten und einstimmig.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Das Eintreten ist unbestritten.

## DETAILBERATUNG

**Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Die GPK hat in der Diskussion festgehalten, dass das gewählte Vorgehen, basierend auf dem Auftrag der Fachkommission Sicherheit korrekt und folgerichtig ist. Ebenso erfreulich waren die in der Kommission zur Verfügung gestellten weitergehenden Unterlagen zur Fahrzeugstrategie, der Ersatzbeschaffung von 2021 bis 2028 sowie die Entscheidungsgrundlagen des Projektteams. Auf die Frage, wie der Vorgang bei der Auswahl von zwei naheliegenden Angeboten war, wurde erläutert, dass diese rein mathematisch erfolgte aufgrund der festgelegten

Kriterien. Aufgrund der Tatsache, dass die Subventionszusicherung der Gebäudeversicherung jetzt vorliegt oder damals bei der Sitzung vorlag, beantragte die Kommission, nicht mehr über den Bruttokredit abzustimmen, sondern über den Nettokredit. Die Anträge sind im lachsfarbenen Papier mit entsprechender Begründung vorhanden. In Abstimmung mit dem Stadtpräsidenten wurde für Antrag 1 der Kredit von brutto 534'200 Franken auf netto 355'573 Franken reduziert, beim Antrag 2 wurde von brutto 305'400 Franken auf netto 193'431 Franken reduziert. Das ist wichtig, damit da nicht die Meinung aufkommt, wir hätten hier etwas gekürzt. Die Anträge wurden einstimmig verabschiedet. Wie in der Botschaft auf Seite 2 ersichtlich wurden die Fahrzeuge 2008 vom Bund übernommen und sind in der Stadtrechnung vollständig abgeschrieben. Wir empfehlen dem Gemeinderat die Annahme des Geschäfts.

**Gemeinderätin Severine Hänni (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Sicherheit ist in der heutigen Zeit ein Privileg. Grundsätzlich können wir uns hier in Frauenfeld dank einer guten Infrastruktur sicher fühlen. Dennoch gibt es hie und da Optimierungspotenzial, und genau dies ist hier der Fall. In unserer Fraktion war der Bedarf für die drei neuen Fahrzeuge unbestritten. Es darf nicht sein, dass die Männer und Frauen der Feuerwehr sich selbst zum Beispiel durch fehlende Sicherheitsgurte unnötig in Gefahr begeben. Die bisherigen Fahrzeuge haben nach 24 Jahren ihren Dienst getan, die Unterhaltskosten sind nicht mehr tragbar. Die Stadt Frauenfeld muss in diesem Fall nur zwei der drei Fahrzeuge zu 70 Prozent finanzieren, da das dritte Fahrzeug als Stützpunktfahrzeug gilt und somit durch die Gebäudeversicherung finanziert wird. Die Erarbeitung der neuen Fahrzeugstrategie und damit die Auswahl der neuen Fahrzeuge erscheint uns sinnvoll und nachvollziehbar. Die Fraktion SVP/EDU wird den beiden Anträgen einstimmig zustimmen.

**Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Die Feuerwehr der Stadt Frauenfeld hat seit Ende 2020 eine Fahrzeugstrategie, vorerst, wir haben es gehört, bis 2028. Ein langfristig orientiertes Konzept zur Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen macht Sinn. Sehr gut. Wurde ja auch empfohlen. Wir sehen nun mit dieser Botschaft die ersten Resultate dazu. Es ist somit auch absehbar, dass wir in den nächsten Jahren immer mal wieder solche Ersatzbeschaffungen voraussichtlich guthessen werden. So steht zum Beispiel für 2024 ein neues Rüstfahrzeug auf der Tagesordnung. Aber auch wenn eine sicherlich überlegte Strategie besteht, soll dies nicht als Automatismus gelten, diese Ersatzbeschaffungen immer genau gemäss Plan vorzunehmen. Wenn ein Fahrzeug weiterhin seinen Dienst tut und mit verhältnismässigem Aufwand gewartet und betrieben werden kann, soll dieses auch weiter genutzt werden. Aber ich bin überzeugt, dass die Feuerwehr Frauenfeld dies ebenso sieht und die entsprechende Eigenverantwortung auch trägt.

Die Abwägungen und Kaufentscheide sind gut dokumentiert und nachvollziehbar. Das Geschäft ergab entsprechend auch in der GPK kaum materielle Nachfragen. Die Umwandlung von Brutto- zu Nettokredit erfolgt aufgrund der nun verbindlich bestehenden Kostenzusage der Gebäudeversicherung bzw. Übernahme der Kosten. Dass der Nettokredit wesentlich unter die budgetierten Kosten zu liegen kommt, ist natürlich umso erfreulicher, da zahlt man noch gern zusätzlich rutschsichere Treppen. Auch gut und selbstverständlich, dass neu Sicherheitsgurte vorhanden sind. Die SP stimmt der Botschaft und dem lachsfarbenen Papier zu. Herzlichen Dank für die gute Vorbereitung und entsprechende Aufbereitung der Botschaft. Wir hoffen, dass die Fahrzeuge selten gebraucht werden.

**Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Es ist folgerichtig und konsequent, die Fahrzeugflotte der Feuerwehr zu erneuern. Die zu ersetzenden Fahrzeuge wurden 1998 in Betrieb genommen, haben also schon 23 Jahre oder mehr auf dem Buckel. Technik und Ausrüstung sind veraltet. Auch wir telefonieren heute nicht mehr mit dem Nokia 2110. Die gesetzteren Ratsmitglieder unter uns erinnern sich sicher noch an das Zeitalter des einfacheren Handys. Mit diesen konnte man telefonieren und SMS senden. Damals gab es noch keine Smartphones, WhatsApp, Internet und Apps.

Unsere Blaulichtorganisationen übernehmen wichtige und entscheidende Aufgaben für uns alle. Die Einsatzkräfte sind für alle Arten von Katastrophenfällen ausgebildet und sind auch entsprechend mit modernen Mitteln auszurüsten. Dies zur Erfüllung ihres Auftrags und zu unser aller Sicherheit. Die Begründungen und Erwägungen sind in der Botschaft gut dargelegt. Einziger Wermutstropfen: Es finden sich keine Angaben über die zukünftigen laufenden Kosten, also über die jährlichen Abschreibungen. Im Sinn des Ticketpreises hätten wir dies seitens des Stadtrats erwartet. Wir bedanken uns bei dieser Gelegenheit bei der Feuerwehr Frauenfeld und ihren Mitgliedern für ihren Einsatz und für ihre geleistete Arbeit. Herzlichen Dank. Die Fraktion FDP stimmt dem Nettokredit für die Ersatzbeschaffung der beiden Fahrzeuge einstimmig zu.

**Nathanael Hug (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:** Die Feuerwehr übernimmt auf dem Stadtgebiet und darüber hinaus elementare Aufgaben in der Schadenwehr. Nicht nur bei der Bekämpfung von Feuersbrünsten, sondern beispielsweise auch bei der Beseitigung von Unwetterschäden oder bei der Bergung anlässlich von Verkehrsunfällen ist auf sie Verlass. Sie sorgt für ein Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Um ihren Aufgaben effizient nachkommen zu können und nicht die eigenen Mitglieder in potenzielle Gefahr zu bringen, ist die Feuerwehr auf Fahrzeuge angewiesen, die den aktuellen Sicherheitsstandards entsprechen. Die zu ersetzenden Fahrzeuge stehen seit 1998 im Einsatz. Sich dies vor Augen führend, ist wohl nachzuvollziehen, dass die Feuerwehr diese ersetzt haben möchte. So nehme ich an, dass sich kaum jemand von den heute hier Anwesenden sein für den Alltag gebrauchtes Motorfahrzeug noch im letzten Jahrtausend zugelegt hat. Ich fühle mich zwar nicht mehr ganz so jung, durfte damals aber noch gar kein Fahrzeug führen. Gestützt auf die Ausführungen der ausgearbeiteten Botschaft und auf die Zusatzinformationen der GPK Finanzen und Administration erachtet unsere Fraktion die beantragten Ersatzbeschaffungen nach einem durch die Feuerwehr gewissenhaft durchlaufenen Evaluationsprozess als sinnvoll und gut durchdacht. Dank der von der Gebäudeversicherung Thurgau gesprochenen Kostenbeteiligung sind die Ausgaben für das Ölwehrfahrzeug und das Zubringerlöschfahrzeug in einem vernünftigen finanziellen Rahmen. Darüber hinaus sind diese Ersatzbeschaffungen korrekt ausgeschrieben worden, sodass die Fraktion Die Mitte/EVP einstimmig beiden Anträgen zustimmen wird.

**Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** In unserer Fraktion war die Beschaffung dieser beiden Fahrzeuge unbestritten. Die vorliegende Botschaft enthält alle relevanten Informationen. Gestaut haben wir doch ein bisschen über die stolzen Preise für diese beiden Fahrzeuge. Offenbar sind es Spezialanfertigungen, welche so nicht ab Stange gekauft werden können, was den Preis zu einem Teil rechtfertigt. In der vorberatenden Kommission wurden auch Details zum Auswahlverfahren und zur Ausschreibung erwähnt. Ein Kommissionsmitglied aus unserer Fraktion meinte, der Zuschlag für die nun vorliegenden Fahrzeuge sei ziemlich knapp ausgefallen und die Bewertungsskala sei nicht über alle Zweifel erhaben gewesen. Aber gut, letztlich geht es darum, dass unsere Frauenfelder Feuerwehr mit den für sie am besten geeigneten Fahrzeugen ausgerüstet ist in der Hoffnung, dass sie diese hauptsächlich für ihre Übungen und nur sehr selten im Ernstfall einsetzen muss. Die Fraktion CH/GP/GLP unterstützt die Botschaft und die Anpassungen gemäss lachsfarbenem Papier einstimmig. An dieser Stelle möchten wir allen Angehörigen der Feuerwehr ganz herzlich für ihre wertvolle und sehr geschätzte Arbeit danken.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP) in Vertretung von Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP):** Billig oder teuer hängt ja auch davon ab, ob man kaufen oder verkaufen möchte. Wir beraten bei diesen Feuerwehrfahrzeugen über Schweizer Marktpreise, welche wir nur unschwer beeinflussen können. Die Sparbemühungen der Feuerwehr widerspiegeln sich in der erwähnten Fahrzeugstrategie. Reduziert auf das Nötigste, künftig weniger und teilweise auch kleinere Fahrzeuge.

Zu den Angaben, die erwähnt wurden zu den Abschreibungen resp. zum Unterhalt: Sie betragen rund 3'000 Franken pro Fahrzeug pro Jahr. Die waren bisher in den Botschaften von spezialfinanzierten Feuerwehranschaffungen tatsächlich nicht enthalten und auch heuer wieder nicht,

aber im Budget schon. Vermutlich auch, weil diese Kosten in der Natur der Sache liegen und selbstverständlich sind, sodass niemand daran gedacht hat. Wir nehmen uns dies künftig im Rahmen unserer Kompetenzen zu Herzen. Wir bei den Feuerwehrfahrzeugen und sie vielleicht beim Informationsreglement.

Im Namen der Feuerwehr bedanke ich mich für das Wohlwollen und die Unterstützung, die wir durch Sie erfahren dürfen, welche das Kommando auch erfährt und alle Feuerwehrfrauen und -männer zu schätzen wissen. Ich bedanke mich.

## **BESCHLUSSFASSUNG**

Der Antrag 1 der GPK Finanzen und Administration gemäss lachsfarbenen Papier wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 2 der GPK Finanzen und Administration gemäss lachsfarbenen Papier wird einstimmig angenommen.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten und ich komme zum Schluss noch zu drei Informationen.

Die Gemeinderäte Stefan Leuthold, Pascal Frey und Anita Bernhard-Ott haben eine Motion nach Art. 43 des Geschäftsreglements mit dem Titel «Frauenfeld heizt ohne Erdgas» eingereicht.

Die Gemeinderäte Stefan Leuthold und Lorenz Weber haben eine Motion nach Art. 43 des Geschäftsreglements mit dem Titel «Einbahn als grosse Chance für die Entlastung der Innenstadt» eingereicht.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 27. April um 18 Uhr statt. Gleich anschliessend folgt eine nicht öffentliche Information an den Gemeinderat.

Jetzt ist es Zeit für eine spezielle Verabschiedung. Lieber Peter, ich habe die Ehre, dich offiziell zu verabschieden. Dich darf man zu Recht als Urgestein des Frauenfelder Gemeinderats bezeichnen. Als du zum ersten Mal in den Gemeinderat gewählt wurdest, war fast ein Viertel der heutigen Gemeinderatsmitglieder noch nicht auf der Welt. Wohlverstanden, da mache ich keinen Rückschluss auf dein Alter, sondern auf eine lange Zeit, in der du dich in den Dienst der Frauenfelder Stimmbürger gestellt hast und die Frauenfelder Politik massgeblich geprägt hast. Als du im Jahr 1991 zum höchsten Frauenfelder gewählt wurdest, hat beispielsweise dein Nachfolger als Gemeinderatspräsident Elio Bohner die ersten Schritte in dieser Welt gemacht.

Im Rat warst du oft das juristische Gewissen. So hast du 2009 in der parlamentarischen Spezialkommission die Teilrevision der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements vorberaten. Ein Jahr später warst du zusätzlich noch Mitglied der Spezialkommission, welche das Einbürgerungsreglement vorberaten hat. Zwei Spezialkommissionen hast du gar als Präsident geleitet. Zum einen war das die Kommission für die Übertragung der öffentlichen Aufgaben an Dritte und die Spezialkommission Teilrevision der Reglemente. Also sehr viele Reglemente. Zuletzt hast du dich noch in der Kommission für das Informationsreglement engagiert. Über zehn Jahre hast du in der GPK Finanzen und Administration ein Auge auf die Finanzen geworfen. Seit 2015 hast du diese GPK auch als Präsident geleitet. Ich weiss nicht, ob du Buch geführt hast, wie viele Stunden du in diesen selten kurzen Sitzungen verbracht hast. Wahrscheinlich nicht, aber es sind sicherlich sehr, sehr viele. Im Gemeinderat hast du dich nie gescheut, pointiert, manchmal angriffig, ab und zu anklagend, aber zuweilen auch wohlwollend dem Stadtrat oder den anderen Fraktionen deine Meinung oder die Haltung der GPK oder deiner Fraktion kundzutun.

Mit dir verliert der Gemeinderat einen engagierten Politiker, dem das Wohl der Stadt ein ernstes Anliegen ist. Lieber Peter, wir danken dir herzlich für deine geleistete Arbeit und wünschen dir für deine Nachgemeinderatszeit alles Gute, Gesundheit und vielleicht die eine oder andere neue Beschäftigung, für die du nun vermehrt Zeit hast. Und sonst wissen deine Parteikolleginnen und Parteikollegen sicher noch, wie sie dich verstärkt einbinden können. Gerne überreiche ich dir noch einen kleinen Abschiedsgruss aus dem Rat.

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im eigenen Namen:** Ich bedanke mich für die langjährige gute und stets kollegiale Zusammenarbeit. Sie hat mich gefreut, fraktionsintern, aber auch über die Fraktionsgrenzen hinaus. Es war mir eine Ehre und eine Freude.

**Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP):** Mein Dank geht an Giuseppe D'Alelio und das Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen nach der Orientierung durch die Stadträte Hugentobler und Dätwyler allen einen schönen restlichen Abend.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:30 Uhr

\*\*\*

